

Antragsteller: SPD Kreisvorstand

Adressat: Landesverband Baden Württemberg

Antrag: **Resolution zur Landesliste bei Landtagswahlen**

1 Der SPD Kreisverband Lörrach spricht sich gegen die Änderung des
2 Landtagswahlrechts und die Einführung einer Landesliste bei Landtagswahlen aus.

3

4 Begründung:

5

6 Das bestehende Wahlrecht hat sicherlich Nachteile, wie die größere Komplexität und
7 die höhere Intransparenz über die Auswirkungen der Stimmenabgabe. Das immer
8 wieder angeführte Argument, daß Frauen derzeit geringere Chancen haben ins
9 Parlament einzuziehen als mit einer Landesliste ist wenig stichhaltig. Jeder
10 Kreisverband hat auch jetzt die Chance Frauen die Kandidatur zu ermöglichen.

11

12 Diesen Nachteilen stehen allerdings einige entscheidende Vorteile gegenüber.
13 Gerade in einem Bundesland in dem eine Partei meist nahezu alle Direktmandate
14 gewinnt, wäre eine Landesliste sehr entscheidend für den Einzug in das Parlament
15 der Bewerberinnen und Bewerber aller anderen Parteien. Dies können wir heute
16 bereits bei den Bundestagswahlen und der Aufstellung der Landeslisten sehen.
17 Hierdurch werden Strukturen in der Partei und Verhaltensweisen von Bewerberinnen
18 und Bewerbern gefördert, die ebenso wenig Transparent sind, wie die Auswirkungen
19 der jetzigen Stimmenabgabe. Zudem werden bei Listenaufstellungen Bewerberinnen
20 und Bewerber bevorzugt, die landesweit gut vernetzt sind (hierbei spielen vor allem
21 Zeiteinsatz, der mit räumlicher Nähe und Berufsausübung korreliert), sich den
22 meisten Mehrheitsmeinungen anschließen und für die Listenaufstellungen diverse
23 Bündnisse kreieren („wählst du meinen Kandidaten – wähle ich deinen“; Nord-
24 Südbaden Absprachen, links-rechts Schema etc.).

25 Die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten einzig auf der Wahlkreisebene
26 vermeidet diese Strukturen und Verhaltensweisen und gibt vielen unterschiedlichen
27 Persönlichkeiten auf lokaler Ebene eine Chance auf ein Mandat.

28 Wir sind daher der Meinung, daß das bisherige Wahlsystem ohne Landesliste
29 beibehalten werden soll. Einer Förderung für Kandidatinnen, so daß sich der
30 Frauenanteil im Parlament erhöht, stehen wir sehr positiv gegenüber, allerdings ohne
31 gleichzeitig die politische Kultur durch Einführung von Landeslisten negativ zu
32 verändern.